



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
	Regierung von Niederbayern	<p>Ziele der Raumordnung (Z), die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB nach sich ziehen, sowie Grundsätze der Raumordnung (G), die zu berücksichtigen sind:</p> <p>Nach dem Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) sind erneuerbare Energien verstärkt zu erschließen und zu nutzen (vgl. LEP 6.2.1 Z).</p> <p>Des Weiteren sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden (vgl. LEP 6.2.3 G).</p> <p>Nach dem Regionalplan Donau-Wald soll die unvermeidbare Neuinanspruchnahme von Freiraum für bauliche Nutzungen, Infrastrukturanlagen oder den Rohstoffabbau vorrangig in Bereichen erfolgen, die keine besonderen Funktionen für den Naturhaushalt oder die landschaftsgebundene Erholung haben (vgl. RP 12 B I 1.4 G).</p> <p>Bewertung: Die verstärkte Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien dienen dem Umbau der bayerischen Energieversorgung, der Ressourcenschonung und dem Klimaschutz. Das geplante Vorhaben leistet hierzu grundsätzlich einen entsprechenden Beitrag. Die Ausweisung von Flächen für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen hat nach LEP-Ziel 6.2.1 allerdings raumverträglich unter Abwägung aller berührten fachlichen Belange zu erfolgen.</p> <p>Freiflächen-Photovoltaikanlagen nehmen in der Regel viel Fläche in Anspruch und können das Landschafts- und Siedlungsbild beeinträchtigen. Durch eine kluge Standortwahl und Ausgestaltung können diese Konflikte minimiert werden. Insbesondere im Naturpark Bayerischer Wald ist eine sorgsame Standortwahl von besonderer Bedeutung. Aus landesplanerischer Sicht sind daher Standorte im Bereich von Vorbelastungen zu präferieren (vgl. LEP 6.2.3 G). Hierzu zählen z.B. Standorte entlang von Infrastruktureinrichtungen (Verkehrswege, Energieleitungen etc.) oder Konversionsstandorte. Die sich südlich befindliche Hochspannungsleitung wird aufgrund der Entfernung nicht als Vorbelastung im</p>	<p>Die Ziele sowie Grundsätze der Raumordnung werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß LEP 6.2.3 (G) sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden. Die Suche von vorbelasteten Standorten im Stadtgebiet, welche für eine Planung zur Verfügung stehen oder in Frage kommen, gestaltet sich</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>Sinne des LEP gesehen, weshalb eine Vorbelastung hier nicht ersichtlich ist. Die vorliegende Planung entspricht daher nicht der Intention von LEP-Grundsatz 6.2.3.</p> <p>Der vorgesehene Standort liegt im Bereich einer attraktiven Kulturlandschaft, die von einer hügligen Topographie mit kleinen Gewässern und einer Abfolge von unterschiedlich intensiv genutzten Landwirtschafts- und Waldflächen und kleinen Siedlungsflächen geprägt ist. Ein hoher Biotopanteil dokumentiert die natur- schutzfachliche Wertigkeit des Raums. Das Plangebiet ist darüber hinaus Bestandteil des Landschaftsschutzgebietes Bayerischer Wald.</p>	<p>schwierig. Daher wurde von der Stadt ein entsprechender Kriterienkatalog mit Bewertungsschema aufgesetzt, dem die geplante Anlage entspricht. Aufgrund der hügeligen Landschaft und den bestehenden sowie geplanten Eingrünungsmaßnahmen wird der Standort aus Sicht der Stadt als geeignet angesehen. An der Planung wird festgehalten.</p> <p>Der Sachverhalt wird bereits in der Begründung und im Umweltbericht des Bebauungsplanes dargelegt. Aufgrund dessen wurde die Planung der Anlage in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Regen vorbereitet. Die bestehenden Biotope werden in der Planung berücksichtigt und nicht beeinträchtigt. Die Lage im Landschaftsschutzgebiet „Bayerischer Wald“ ist bekannt und ist bereits Teil der Unterlagen. Ein entsprechender Antrag auf Herausnahme wurde bereits gestellt.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>Gemäß Regionalplan Donau-Wald (RP 12 B I 1.4 G) sollen Freiräume, die eine besondere Funktion für den Naturhaushalt aufweisen, geschützt werden. Der gewählte Standort drängt sich daher nicht auf. Eine Beplanung derartiger Flächen soll nur bei unvermeidbarer Neubeanspruchung durchgeführt werden. Unvermeidbar ist eine Inanspruchnahme dann, wenn andere Flächen, ohne besondere Funktion für den Naturhaushalt, nicht zur Verfügung stehen. Ob die aufgezeigten Alternativen dieses Kriterium erfüllen, ist den Unterlagen bisher nicht zu entnehmen. Die Unterlagen sind daher vor dem Hintergrund von RP B I 1.4 entsprechend zu ergänzen und in der Planung abwägend zu berücksichtigen. Das Plangebiet ist von bestehenden Grünstrukturen bereits relativ gut abgeschirmt und soll eingegrünt werden. Nach dem Umweltbericht sind die Auswirkungen auf das Landschaftsbild als gering einzustufen, da ausreichende Eingrüntungsmaßnahmen vorgesehen sind.</p> <p>Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass RP B II 1.3 hinreichend berücksichtigt wurde.</p>	<p>Bei der Aufstellung der Fläche mit Modulen wurde sich lediglich auf die intensiv genutzten Flächen beschränkt. Die vorhandenen Biotope werden in der Planung berücksichtigt und nicht beeinträchtigt. Durch die enge Abstimmung mit der unB wird eine natur- und landschaftsbildverträgliche Planung verfolgt. Durch die Anreicherung durch Grünstrukturen wird ein Teilbereich durch einen zusätzlichen Biotoptyp aufgewertet, welcher sich zusätzlich positiv auf die Einbindung des geplanten technischen Elements auswirkt. Der Sachverhalt wird in Verbindung mit dem RP 12 B I 1.4.G entsprechend ergänzt.</p> <p>Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Bedarf in die jeweils</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>Zusammenfassung: Insgesamt drängt sich der Standort in einer relativ unberührten Landschaft nicht auf. Eine Vorbelastung im Sinne des LEP ist nicht vorhanden. Die Auswirkungen</p>	<p>durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung.“ (vgl. Regierungsentwurf zur Änderung des EEG vom April 2022)</p> <p>Die Stadt sieht es daher als Ihre Aufgabe an, den Umbau der Energieversorgung auch dezentral vor Ort voranzutreiben: Die Stadt ist außerdem verpflichtet, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz zu gewährleisten, wozu die geplante Freiflächenphotovoltaikanlage maßgeblich beiträgt. Da sich die Stadt aktiv am Umbau der Energieversorgung beteiligen will und die Anlage bei der Alternativenprüfung gemäß der Bewertungsmatrix zur Anlage von Freiflächen-Photovoltaikanlagen entspricht, wird an der Planung festgehalten.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>auf das Landschaftsbild dürfte sich mit einer festgelegten Eingrünung jedoch in Grenzen halten.</p> <p>Der normative Konflikt mit der Lage im LSG ist mit den zuständigen Stellen zu lösen.</p> <p>Hinweis: Grundsätzlich ist eine Alternativenprüfung lobenswert, wenn sie unter Berücksichtigung aller berührten und erforderlichen Belange und im gesamten Gemeindegebiet stattfindet und sich nicht auf einige wenige Standorte beschränkt. Die Bewertungsmatrix der Standortprüfung für Alternativstandorte ist aus landesplanerischer Sicht nicht optimal, da bspw. ein „einheimischer oder ortsansässiger Investor“ kein Kriterium für eine Standortwahl aus Sicht der Landesplanung darstellt. Ab einer Gesamtbewertung von 10 Punkten sollte laut internen Regeln die PV-Anlage vom Stadtrat zugelassen werden. Da dies aber auf fast alle Alternativen zutrifft, ist der Argumentation für einen bzw. den speziellen Standort Eggenried nur schwierig zu folgen. Aus landesplanerischer Sicht ist eine stärkere Gewichtung der Bewertungskriterien eins, zwei, drei und sieben zu begrüßen.</p>	<p>Der Antrag auf Herausnahme aus dem LSG wurde zwischenzeitlich bereits gestellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Stadt Regen versucht die erneuerbaren Energien kleinräumig, dezentral, regional und durch lokale Betreiber zu fördern. Der Stadtrat der Stadt Regen prüft dennoch die Änderung der Gewichtung der Bewertungsmatrix für künftige Vorhaben</p>
	Regionaler Planungsverband Donau-Wald	Keine Einwendungen	Wird zur Kenntnis genommen.
	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regen	<p>Aus landwirtschaftlich-fachlicher Sicht bestehen seitens des AELF Regen zur Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „SO Solarpark Eggenried“ der Stadt Regen, keine grundsätzlichen Einwendungen.</p> <p>Der Betreiber hat Emissionen, Steinschlag und evtl. Verschmutzungen aus der Land- und Forstwirtschaft (z.B. Staub) entschädigungslos hinzunehmen. Grundsätzlich ist eine ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft auf den der Photovoltaikanlage benachbarten Flächen von Seiten des Betreibers zu dulden.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis ist bereits unter 2.1 Landwirtschaft Teil der textlichen Hinweise.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		Durch die regelmäßige Pflege soll das Aussamen eventueller Schadpflanzen und die damit verbundene negative Beeinträchtigung der mit Kulturpflanzen bestellten Flächen in der Nachbarschaft vermieden werden.	Der Hinweis ist bereits unter 2.1 Landwirtschaft Teil der textlichen Hinweise.
	Brandschutzdienststelle Landkreis Regen	<p>1. <u>Ausstattung der örtlich zuständigen Feuerwehr</u> Bezeichnung der örtlich zuständigen Feuerwehr: FF Oberneumais</p> <p>Ausrüstung: LF 8/6 Personalstärke: ca. 36 Aktive Anfahrt der örtlich zuständigen Feuerwehr: ca. 4,3 km</p> <p>Weitere Kräfte nach Bedarf entsprechend der vorhandenen Alarmplanung des Landkreises Regen für die Stadt Regen.</p> <p>2. <u>Löschwasserversorgung</u> Bebauungsplan Punkt ---</p> <p>Stellungnahme: Angaben über Art und Ausführung der Löschwasserversorgung sind entgegen § 9 Abs. 1 Punkt 13 BauGB im vorliegenden Bebauungsplan nicht enthalten.</p> <p>Die notwendige Löschwassermenge für den Erstzugriff der Feuerwehr muss im Bereich von Freiflächen-Photovoltaikanlagen mittels wasserführender Fahrzeuge der Feuerwehr sichergestellt werden.</p> <p>Rechtsgrundlage: Art. 1 Abs. 2 S. 2 BayFwG § 9 Abs. 1 Pkt. 13 BauGB</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Der Nachweis einer ausreichenden Löschwasserversorgung in Anlehnung an das DVGW-Arbeitsblatt W 405 ist objektkonkret nicht anwendbar, da das Bauvorhaben nicht mit den im Arbeitsblatt genannten Baugebieten vergleichbar ist. Das geplante Bauvorhaben sieht anders als die Gebiete im Arbeitsblatt keine Gebäude vor, welche dem zeitweiligen oder</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>3. <u>Zufahrt</u> Bebauungsplan Punkt 2.6</p> <p>Stellungnahme: Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes muss verkehrstechnisch so erschlossen sein, dass er für Feuerwehr und Rettungsdienst im notwendigen Umfang zugänglich ist.</p> <p>Die notwendigen Zufahrten zu dem Objekt müssen hierbei so ausgeführt werden, dass sie mit Feuerwehrfahrzeugen mit einer Achslast von 10 t und einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 16 t, einer Länge von 10 m, einer Breite von 2,5 m zügig befahren werden können.</p>	<p>ständigen Aufenthalt von Menschen dienen. Es sind weder die brand-technischen Eigenschaften eines Gewerbe- oder Industrieobjektes ableitbar noch die eines Wohngebietes, einer Kleinsiedlung oder eines Wochenendhausgebietes. Zum selben Entschluss kommt auch der Landesfeuerwehrverband Bayern e.V. (Fachinformation für die Feuerwehren Brandschutz an Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) im Freigelände-sog. Solarparks): „Der Nachweis einer ausreichenden Löschwasserversorgung in Anlehnung an das DVGW-Arbeitsblatt W 405 erscheint daher entbehrlich.“</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen Die textlichen Hinweise des Bebauungsplanes werden um die brandschutzrelevanten Vorgaben der BayBO sowie die Ausführungen gemäß DIN 14090 ergänzt.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>Weitere Anmerkungen: Die entsprechenden Zufahrten zu dem Objekt für die Feuerwehr dürfen nicht durch Bepflanzungen oder betriebliche Einflüsse beeinträchtigt werden.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 Pkt. 11 BauGB Art. 4 Abs. 1 Nr. 2 BayBO Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr</p> <p>4. <u>Bebauung</u> Bebauungsplan Abschnitt B</p> <p>Stellungnahme: Für die PV-Anlage ist aufgrund deren flächigen Größe und Besonderheit durch den Betreiber in Abstimmung mit der Brandschutzdienststelle des Landkreises Regen ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 zu erstellen. In den Plänen sollte die Leitungsführung bis zum/zu den Wechselrichter/-n und von dort bis zum Übergabepunkt des Energieversorgungsunternehmens erkennbar sein.</p> <p><u>Der Feuerwehrplan ist in folgendem Umfang zu hinterlegen:</u></p> <ul style="list-style-type: none">• 1 Stück Feuerwehrplan in einem roten Schnellhefter, DIN A3 auf DIN A4 gefaltet, spritzwassergeschützt (wasserfestes Papier in Einsteckfolie oder dünne Laminierfolie) bei der örtlich zuständigen Feuerwehr – gegen schriftlichen Übergabenachweis• 1 Stück Feuerwehrplan in digitaler Form auf CD oder USB-Stick bei der örtlich zuständigen Feuerwehr – gegen schriftlichen Übergabenachweis• 1 Stück Feuerwehrplan in digitaler Form als PDF-Datei per Mail an die Brandschutzdienststelle (yb@kfv-regen.de)	<p>Unter 2.8 Brandschutz wird der Passus in den textlichen Hinweisen ergänzt.</p> <p>Die Hinweise werden an den Vorhabenträger herangetragen.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>Vor Endausfertigung des Feuerwehrplans ist dieser als Vorabzug zur Prüfung und Freigabe an die Brandschutzdienststelle in digitaler Form (vb@kfv-regen.de) zu übermitteln.</p> <p>Für die gewaltlose Zugänglichkeit zur PV-Anlage kann in Absprache mit der Brandschutzdienststelle ein Feuerwehrschlüsselkasten Typ 1 (nicht VdS- anerkannt) am Zufahrtstor vorgesehen werden. Die Schließung für den Feuerwehr-Schlüsselkasten Typ 1 ist frühzeitig beim Kreisbrandrat des Landkreises Regen mittels Formblatts aus den TAB zu be- antragen.</p> <p>Vergleiche hierzu auch die Fachinformation für die Feuerwehren – Brand- schutz an Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) im Freigelände, sog. Solarparks von Juli 2011, herausgegeben durch den Fachbereich 4 – Vor- beugender Brandschutz des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.</p> <p>Weitere Anmerkungen: Bei Änderungen an der Anlage ist der Feuerwehrplan entsprechend zu überarbeiten und mit der Brandschutzdienststelle abzustimmen.</p> <p>Hinsichtlich der Alarmplanung muss dem Objekt eine eindeutige Alarm- adresse von der Stadt zugeordnet werden.</p> <p>Um einen Ansprechpartner im Schadensfall erreichen zu können, muss am Zufahrtstor oder im Feuerwehr-Schlüsselkasten deutlich und dauerhaft die Erreichbarkeit eines Verantwortlichen für die bauliche Anlage ange- bracht sein.</p> <p>Rechtsgrundlage: Art. 12 BayBO</p>	<p>Der Hinweis wird an den Vorha- benträger herangetragen.</p> <p>Der Hinweis wird an den Vorha- benträger herangetragen.</p> <p>Der Hinweis wird an den Vorha- benträger herangetragen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und an den Vorhabenträger herangetragen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und von der Stadt im weiteren Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird unter 2.8 Brandschutz des Bebauungs- planes aufgenommen.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>5. <u>Schlussbemerkung</u> Alle geltenden Vorschriften hinsichtlich Vorbeugenden und Baulichem Brandschutz sind unabhängig von den hier aufgeführten Bemerkungen einzuhalten.</p> <p>Die Stellungnahme der Feuerwehr bezieht sich ausschließlich auf die Belange des abwehrenden Brandschutzes und des technischen Hilfsdienstes. Sie dient dazu, einen eventuell erforderlichen Einsatz der Feuerwehr vorzubereiten und die Wirksamkeit der erforderlichen Maßnahmen sicherzustellen. Alle vorgehend aufgeführten Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sind in ihrer jeweils aktuellen Fassung zu verstehen.</p> <p>Grundsätzlich bleibt die Anhörung der Feuerwehr im Einzelfall vorbehalten.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen und an den Vorhabenträger herangetragen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
	Amt für Ländliche Entwicklung	Keine Bedenken.	Wird zur Kenntnis genommen.
	Landratsamt Regen	<p>Wir übersenden im o.g. Verfahren die <u>Stellungnahmen</u></p> <ul style="list-style-type: none">• Des Sachgebietes 30, Kreisbaumeister vom 11.11.2022• Des Sachgebietes 23, Techn. Umweltschutz (wird separat übersandt)• Des Sachgebietes 23, Naturschutz vom 21.10.2022 <p>Mit der Bitte um <u>Kenntnisnahme und Beachtung</u>. Weitere Stellungnahmen von Sachgebieten im Hause, deren Belange im gegenständlichen Verfahren evtl. berührt werden, liegen nicht vor.</p> <p>Wir bitten, bei Abschluss des Auslegungsverfahrens die Vollständigkeit der Behandlung durch die Träger öffentlicher Belange in eigener Zuständigkeit zu überprüfen und ggf. fehlende Stellungnahmen bei den zuständigen Sachgebieten direkt anzufordern.</p>	<p>Die Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p><u>Kreisbaumeister:</u> Die BayBO kann als Gesetz nicht durch eine Festsetzung des B-Plans ganz oder in Teilen außer Kraft gesetzt werden. Die pauschale Festsetzung „Innerhalb der Baugrenzen ist Art. 6 BayBO nicht anzuwenden“. Ist daher rechtswidrig. Zuständigkeit und Erforderlichkeit der Anwendung des Art. 6 BayBO ergeben sich allein aus den Regelungsinhalten der BayBO.</p> <p><u>Untere Naturschutzbehörde:</u> Bei dem Grundstück, auf dem der Solarpark mit einer Gesamtgröße von 3,9 ha geplant ist, handelt es sich um ein Wiesengrundstück an einem Südwesthang westlich des Weilers Thanhof bei Regen. Die ursprüngliche Planung wurde aufgrund der naturschutzfachlichen Abstimmung verkleinert und die Biotope und ökologisch wertvollen Flächen ausgespart. Daher fügt sich der Solarpark voraussichtlich in das Landschaftsbild ein und die Fernwirkung dürfte ebenfalls nicht zu stark sein.</p> <p>Die Fläche liegt vollständig innerhalb des „Landschaftsschutzgebietes Bayerischer Wald“; nach § 5 Abs. 1 der Verordnung sind hier alle Handlungen verboten, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, des Landschaftsbild, den Naturgenuss oder den Zugang zur freien Natur beeinträchtigen. Nach einem Schreiben des StMUGV vom 05.07.2006 ist eine planmäßige Bebauung mit dem Charakter eines Landschaftsschutzgebietes in der Regel nicht vereinbar. Daher dürfen Flächennutzungs- und Bebauungspläne grundsätzlich keine Bauflächen im Landschaftsschutzgebiet festsetzen. Die Darstellung kann im Einzelfall durch Befreiung nur zugelassen werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none">- Die Bebauung ist nur geringfügig (z.B. zur Ortsabrundung), tangiert nur den Randbereich des Landschaftsschutzgebietes und stellt einen Abschluss der baulichen Entwicklung in Richtung auf das Landschaftsschutzgebiet dar.- Das Schutzgebiet und der betroffene Landschaftsbestandteil müssen durch die Bauleitplanung in ihrer Substanz unberührt bleiben.	<p>Wird zur Kenntnis genommen. Die Festsetzung entfällt zur Entwurfsfassung.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen. Der Sachverhalt ist der Stadt Regen bekannt.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>Da dies hier nicht der Fall ist, muss parallel zur Bauleitplanung ein Herausnahmeverfahren aus dem LSG eingeleitet werden.</p> <p>Im Umweltbericht wird beschrieben, dass beim Schutzgut Wasser ein Teilbereich im Süden in den wassersensiblen Bereich hineinragt. Beim Schutzgut Boden ragt ebenfalls dieser Teil im Süden in einen Bereich mit Gleyen und anderen grundwasserbeeinflussten Böden hinein. Um diese Konflikte zu vermeiden, sollte der Geltungsbereich im Süden soweit zurückgenommen werden, dass diese Überschneidungen vermieden werden. Auch das Wasserwirtschaftsamt fordert einen Mindestabstand von 15 m zum Gewässer.</p> <p>Der Eingriff in Natur und Landschaft wird gem. dem aktuellen Schreiben des Bayerischen Bauministeriums behandelt. Aufgrund verschiedener Festsetzungen und weil der Ausgangszustand intensives Grünland ist, ist kein weiterer Ausgleich erforderlich. Die Wiese unter den Modulen muss allerdings durch entsprechende Maßnahmen in artenreiches Grünland entwickelt werden. Dies ist durch entsprechende Pflege zu ermöglichen und eine gewisse Erfolgskontrolle ist ebenfalls erforderlich, damit dieses Ziel auch tatsächlich erreicht wird. Daher sind die Aussagen zum Monitoring nicht ausreichend und sind folgendermaßen zu ergänzen: Das Monitoring wird durch die Stadt Regen durchgeführt. Es umfasst die Entwicklung der Wiesenfläche unter und zwischen den Modulen zu artenreichem Grünland (E 1), die Entwicklung der festgesetzten Pflanzungen (E 2) und des Wiesensaumes (E 3) mit ggf. Anpassung der Flächenpflege. Änderungen zu den festgesetzten Pflegemaßnahmen sind mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Das Monitoring ist in 3-jährigen Abständen durchzuführen. Die Monitoringberichte sind auch der Unteren Naturschutzbehörde zuzuleiten. Die Pflicht des Monitorings ist erfüllt, wenn der angestrebte Zielzustand erreicht ist. Dieses Monitoring ist im Bebauungsplan verbindlich festzusetzen.</p>	<p>Der Antrag auf Herausnahme aus dem LSG wurde zwischenzeitlich bereits gestellt.</p> <p>Um Konflikte zu vermeiden, wird ein Abstand von 15 Metern zum Gewässer von der Nutzung freigehalten. Dieser Abstand wird in der Planzeichnung der Entwurfsfassung redaktionell ergänzt und bemißt.</p> <p>Unter 1.6.Grünordnung und naturschutzfachliche Maßnahmen werden die Anforderungen zum Monitoring verankert.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		Das Planzeichen (T-Signatur) zu Ausgleichsflächen kann gestrichen werden, da solche in diesem Plan nicht vorkommen.	Die Legende wird entsprechend redaktionell überarbeitet.
	Landratsamt Regen – Technischer Umweltschutz	<p>Bezüglich der grundsätzlich notwendigen Änderungen im Umweltbericht wird auf die Stellungnahme im Verfahren zum Deckblatt Nr. 37 im Flächennutzungsplan verwiesen.</p> <p>In Begründung sind die Ergebnisse der Umweltprüfung zu nennen. Nach ergänzter Umweltprüfung ist die Begründung zu überarbeiten.</p> <p>Falls das Blendgutachten oder endgültige Lärmprüfung erforderliche Maßnahmen ergeben sind sie als Ergebnis der Umweltprüfung in Form von Festsetzungen aufzunehmen.</p> <p><u>Stellungnahme Flächennutzungsplan:</u></p> <p>der Umweltbericht Schutzgut Mensch ist, um die Prüfungsaspekte des Praxisleitfadens für die ökologische Gestaltung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen des Bayerischen Landesamtes für Umwelt zu ergänzen.</p> <p>Dabei ist Anlage 1 zum BauGB zu beachten. Dort sind die Anforderungen an die Qualität der Umweltprüfung zwingend vorgegeben.</p> <p>Südöstlich des Geltungsbereiches liegt Wohnbebauung im Außenbereich. Diese Wohngebäude sind als Immissionsorte zu prüfen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Ergebnis in der Umweltprüfung wird redaktionell ergänzt.</p> <p>Im vorliegenden Blendgutachten wurden keine störenden Blendwirkungen festgestellt. Diesbezüglich sind keine Maßnahmen erforderlich. Das Blendgutachten wird dem Anhang der Entwurfsfassung beigefügt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und im weiteren Verfahren beachtet.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und im weiteren Verfahren beachtet.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>Lärm: Hier wird darauf verwiesen, dass im Praxisleitfaden ein Abstand von 20 m für reine Wohngebiete ausreichend ist. Bei der Bestandsaufnahme wurde zwar der 20 m Abstand im Plan dargestellt, allerdings ist nicht einmal erwähnt, wie die bestehende Wohnbebauung einzustufen und welche Immissionsrichtwerte hier also anzusetzen sind (Basisszenario). Der Praxisleitfaden empfiehlt eine Einzelfallprüfung und im Rahmen der Aufstellung eines Bebauungsplanes regelmäßig ein schalltechnisches Gutachten und im Bestand sogar eine Begutachtung bei Abständen von weniger als 100 m zur nächstgelegenen Wohnbebauung. Die Planfertigerin hat bisher keine Aussagen darüber getroffen, warum auf die Begutachtung verzichtet werden kann und welche Maßnahmen getroffen werden, damit die bisher für erforderlich gehaltenen 20 m sicher eingehalten werden. Diese Maßnahmen sind in Ziffer 4.1 zu nennen und im Rahmen des Flächennutzungsplanes als Maßnahme zur Vermeidung und Verringerung. Der Umweltbericht ist entsprechend nachzubessern.</p>	<p>Der Geltungsbereich befindet sich im Außenbereich. Im direkten Anschluss befindet sich ein landwirtschaftliches Anwesen mit zwei Wohnhäusern (Einstufung: Dorfgebiet oder Mischgebiet). Der hier zulässige Immissionsrichtwert liegt tagsüber bei 60 dB(A). Der Praxisleitfaden besagt, dass ein Abstand von 20 m für reine Wohngebiete ausreichend ist (Immissionsrichtwert tagsüber 50 dB(A)). Da zur nächstgelegenen Wohnbebauung ein Abstand von mindestens 20 m eingehalten wird, wird von einer Einzelfallprüfung abgesehen, da bei einem reinen Wohngebiet bereits ein Abstand von 20 m als ausreichend angesehen wird. Im Entwurf wird der Sachverhalt der vorhandenen Siedlungskategorie ergänzt, sowie der Abstand des Geltungsbereiches zum nächstgelegenen Wohngebäude von mehr als 20 m sowohl planlich als auch in der Begründung dargestellt. Da, dem Praxisleitfaden folgend,</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>Blendwirkung: Im Praxisleitfaden werden als ausreichende Abstände zur Wohnbebauung 100 m genannt. Diese sind hier nicht gegeben. Auf ein Blendgutachten kann deshalb nicht verzichtet werden. Bisher hat sich die Prognose auf folgende Aussage beschränkt:</p> <p>Die Anlage ist nach § 4 Bundesimmissionsschutzgesetz nicht genehmigungspflichtig. Aufgrund der Ausrichtung der Module nach Süden und der geplanten Eingrünung, erfolgt keine Blendung von Wohnbebauungen oder des Straßenverkehrs.</p> <p>Von einer Umweltprüfung kann hier wohn nicht ausgegangen werden. Zumindest hätte dann als Ergebnis festgestellt werden müssen, dass in der nachfolgenden Planung Maßnahmen festgeschrieben werden, die tatsächlich auch umgesetzt werden können. Die Ergebnisse des erforderlichen Blendgutachtens sind in den Umweltbericht einzuarbeiten.</p>	<p>durch den Abstand keine Überschreitungen der geltenden Immissionsrichtwerte an den Wohnhäusern erwartet werden, wird dies als ausreichende Maßnahme erachtet.</p> <p>Zur Entwurfsfassung wurde ein Blendgutachten erarbeitet, dessen Inhalte in den Umweltbericht eingearbeitet wurden. Blendwirkungen treten gemäß diesem bei entsprechend festgesetzter Modulausrichtung nicht auf. Das Blendgutachten liegt der Entwurfsfassung bei.</p>



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen						
		<p>Im Praxisleitfaden Tabelle 11 findet sich folgende Aussage zu elektromagnetischer Strahlung hinterlegt:</p> <table border="1" data-bbox="584 432 1435 592"> <tr> <td data-bbox="584 432 797 496">betriebsbedingte Projektwirkungen</td> <td data-bbox="797 432 1435 496">Stoffliche Emissionen (Schadstoffeintrag)</td> </tr> <tr> <td></td> <td data-bbox="797 496 1435 560">Elektrische und magnetische Felder (elektromagnetische Felder und Strahlungen wie bei Handys, Mobilfunkanlagen und Mikrowellengeräten treten beim Betrieb einer PV-Anlage <u>nicht</u> auf)</td> </tr> <tr> <td></td> <td data-bbox="797 560 1435 592">Geräusche (Lüfter im Transformatorhäuschen, z. T. Wechselrichter)</td> </tr> </table> <p>Um Umweltbericht wird folgendermaßen abgehandelt:</p> <p>Als mögliche Erzeuger von elektrischer und magnetischer Strahlung kommen die Solarmodule, die Verbindungsleitungen, die Wechselrichter und Transformatorstationen in Frage. Beim Solarpark handelt es sich um eine Gleichstromanlage. Üblicherweise sind hier die Feldstärken in etwa 50 cm Entfernung bereits deutlich kleiner als das natürliche Magnetfeld.</p> <p>Der Umweltbericht sollte entsprechend der o.g. Projektwirkungen geändert werden.</p>	betriebsbedingte Projektwirkungen	Stoffliche Emissionen (Schadstoffeintrag)		Elektrische und magnetische Felder (elektromagnetische Felder und Strahlungen wie bei Handys, Mobilfunkanlagen und Mikrowellengeräten treten beim Betrieb einer PV-Anlage <u>nicht</u> auf)		Geräusche (Lüfter im Transformatorhäuschen, z. T. Wechselrichter)	<p>In der Begründung wird die Aussage zur elektromagnetischen Strahlung wie folgt angepasst: Elektromagnetische Felder und Strahlungen wie bei Handys, Mobilfunkanlagen und Mikrowellengeräten treten beim Betrieb einer PV-Anlage nicht auf.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen und im weiteren Verfahren beachtet.</p>
betriebsbedingte Projektwirkungen	Stoffliche Emissionen (Schadstoffeintrag)								
	Elektrische und magnetische Felder (elektromagnetische Felder und Strahlungen wie bei Handys, Mobilfunkanlagen und Mikrowellengeräten treten beim Betrieb einer PV-Anlage <u>nicht</u> auf)								
	Geräusche (Lüfter im Transformatorhäuschen, z. T. Wechselrichter)								
	Wasserwirtschaftsamt Deggendorf	<p>Lt. Planung liegt eine Teilfläche im wassersensiblen Bereich der Schlossauer Ohe und eines nicht näher bezeichneten Gewässers mit Ursprung zwischen Eggenried und Kattersdorf.</p> <p>Im Gegensatz zu festgesetzten Überschwemmungsgebieten kann bei wassersensiblen Flächen kein definiertes Hochwasserrisiko in Form einer Jährlichkeit angegeben werden und es gibt keine rechtlichen Vorschriften wie Verbote und Nutzungsbeschränkungen im Sinne des Hochwasserschutzes.</p> <p>Um eine evtl. Überschwemmung von Solarmodulen zu vermeiden, halten wir es ohne weiteren Nachweis für erforderlich, den Bereich in einem Abstand von 15 Metern zum Gewässer von der Nutzung freizuhalten.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Um eine evtl. Überschwemmung von Solarmodulen zu vermeiden, wird ein Abstand von 15 Metern zum Gewässer</p>						



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		Das Landratsamt Regen hat Abdruck dieses Schreibens erhalten.	von der Nutzung freigehalten. Dieser Abstand wird in der Planzeichnung der Entwurfsfassung redaktionell ergänzt und bemaßt. Wird zur Kenntnis genommen.
	Staatliches Bauamt Passau	unsere Belange werden aufgrund der Entfernung des geplanten Solarparks zur St 2135 und des bestehenden Bewuchses nicht unmittelbar berührt. Derzeit ist nicht von einer Blendung der Verkehrsteilnehmer auf der St 2135 auszugehen, da im Süden und Südosten Gehölze bestehen (vgl. Punkt C Begründung zum Bebauungsplan). Wir weisen aber darauf hin, dass eine Gefährdung der Verkehrsteilnehmer durch Blendwirkung ausgehend von den Elementen des Solarparks auf allen Streckenabschnitten der St 2135 dauerhaft gewährleistet sein muss. Wir behalten uns daher vor, im Falle der Beseitigung des Bewuchses, eine neue Beurteilung und ggf. Maßnahmen, die eine Blendung der Verkehrsteilnehmer auf der St 2135 verhindern, jeweils auf Kosten des Vorhabensträgers zu verlangen.	Wird zur Kenntnis genommen. Wird zur Kenntnis genommen. Gemäß dem beigefügten Blendgutachten wird folgendes dargelegt: „Von der westlich der Anlage verlaufenden Staatsstraße St2135 aus liegen nach den bekannten Daten keine Sichtachsen zu den Moduloberflächen der gegenständlichen Anlage vor.“ (S.5; Blendgutachten Te-230404-E-1).
	Deutsche Telekom Technik GmbH	Gegen die oben genannte Planung haben wir keine Einwände. Bitte beachten Sie bei Ihren weiteren Planungen, dass keine Verpflichtung der Telekom Deutschland GmbH besteht, den „Solarpark“ an das öffentliche Telekommunikationsnetz der Telekom Deutschland GmbH anzuschließen. Gegebenenfalls ist dennoch die Anbindung an das Telekommunikationsnetz der Telekom Deutschland GmbH auf freiwilliger Basis und unter der Voraussetzung der Kostenerstattung durch den Vorhabensträger möglich. Hierzu ist jedoch eine rechtzeitige (mindestens 3 Monate vor Baubeginn) und	Wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis wird an den Vorhabensträger herangetragen.



Nr.	Träger öffentl. Belange Bürger	Anregungen Stellungnahmen	Abwägung Bemerkungen
		<p>einvernehmliche Abstimmung des Vorhabensträgers mit der Telekom Deutschland GmbH erforderlich.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die Änderung des Flächennutzungsplanes.</p> <p>Für weitere Fragen oder Informationen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.</p>	<p>Der Hinweis wird an den Vorhabenträger herangetragen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>
	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung	das Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Freyung, Außenstelle Zwiessel hat keine Einwendungen gegen Änderung des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplan durch Deckblatt Nr. 37 sowie Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans "SO Solarpark Eggenried".	Wird zur Kenntnis genommen.
	Vodafone GmbH	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Wird zur Kenntnis genommen.